

Neufassung

Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.10.2023

"Künstliche Intelligenz bei Verwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge"

**Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft
(Landtag)**

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) die folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche Pilotprojekte zum Einsatz von KI zur Beschleunigung und Vereinfachung seiner Verwaltungsarbeit plant der Senat bis 2027?
2. Welche Verfahrensabläufe der öffentlichen Daseinsvorsorge will der Senat bis 2027 dahingehend überprüfen, wie diese mithilfe digitaler Prozesse und – wenn sinnvoll – mit KI optimiert werden können?
3. welche Prozesse will der Senat entsprechend bei seinen Eigenbetrieben, Gesellschaften und Beteiligungen bis 2027 anstoßen, um das Potenzial digital optimierter Verfahren und KI-basierter Abläufe auszuschöpfen?“

B. Lösung

Für die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) verspricht einfacheres und schnelleres Verwaltungshandeln. Der Senat evaluiert deshalb zur Zeit Einsatzmöglichkeiten. Dazu zählt z.B. ein KI-Übersetzungstool zum Übersetzen von Texten in verständliche und in Leichte Sprache und das automatisierte Ablegen von E-Mails mit KI-gestützten Prozessen im Dokumentenmanagementsystem der Verwaltung. Neben technischen und organisatorischen Fragen werden auch Aspekte der Mitbestimmung, der Diskriminierung,

der Transparenz und des rechtlichen Rahmens beleuchtet.

Zu Frage 2:

Welche weiteren Verfahrensabläufe der öffentlichen Daseinsvorsorge bis 2027 dahingehend überprüft werden sollen, wie diese mithilfe digitaler Prozesse und sinnvollem Einsatz von KI optimiert werden können, hängt von den unter der Antwort zu Frage 1 genannten Prüfergebnissen und erforderlichen Priorisierungsentscheidungen ab. Den hohen Anfangsinvestitionen der Verfügbarmachung von KI-Infrastrukturen stehen erhebliche Nutzerpotenziale gegenüber.

Zu Frage 3:

Alle Geschäftsführungen/Betriebsleitungen sind sich der Chancen der Digitalisierung/des KI-Einsatzes bewusst und werden bei der Gestaltung der zukünftigen unternehmensinternen Organisation und Prozessabläufe berücksichtigt. So nutzen bspw. bereits viele Beteiligungsgesellschaften digitale Systeme zur Bereitstellung der Unterlagen für die Aufsichtsratsmitglieder etc., um den Zugang zu steuern und den Unterlagenversand rein digital zu organisieren, Prozesse zu optimieren und Abläufe zu straffen.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich aus dem Inhalt der Vorlage nicht.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Finanzen vom 09.10.2023 der schriftlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.